

Victor Donninghaus

Lehrer und Schuler: die herausbildung der ansichten Lenins und Stalins zur nationalen frage und zum national-staatlichen aufbau

Przegląd Wschodnioeuropejski 3, 261-281

2012

Artykuł został opracowany do udostępnienia w internecie przez Muzeum Historii Polski w ramach prac podejmowanych na rzecz zapewnienia otwartego, powszechnego i trwałego dostępu do polskiego dorobku naukowego i kulturalnego. Artykuł jest umieszczony w kolekcji cyfrowej bazhum.muzhp.pl, gromadzącej zawartość polskich czasopism humanistycznych i społecznych.

Tekst jest udostępniony do wykorzystania w ramach
dozwolonego użytku.

VICTOR DÖNNINGHAUS

Deutsches Historisches Institut, Moskau
Albert Ludwigs-Universität Freiburg/Br.

LEHRER UND SCHÜLER: DIE HERAUSBILDUNG DER ANSICHTEN LENINS UND STALINS ZUR NATIONALEN FRAGE UND ZUM NATIONAL-STAATLICHEN AUFBAU

Als man Konfuzius fragte, wie er den Staat lenken würde, gab der Weise zur Antwort, dass er damit anfangen würde, den Wörtern ihren Sinn wiederzugeben. Als Lenin die Staatsgeschäfte zu lenken begann, hat er vor allem die Wörter ihres Sinnes beraubt. Die Wörter bekamen immer just jenen Sinn, der Lenin gerade genehm war Ihre Bedeutung änderte sich in Abhängigkeit von der Zuhörerschaft [...]¹.

Aleksej Rykov, Mitglied des Politbüros des ZK der RKP(B), charakterisierte V.I. Lenin in einem Gespräch mit S. Liberman treuherzig mit den folgenden Worten:

Il'ič vertraut mir – und doch ist es unerhört schwierig mit ihm! Nie kann man sich zu 100% auf ihn verlassen. Du kommst zu ihm, um ein Problem zu besprechen, und bist mit ihm anscheinend einig. Er sagt dir: „Tritt auf und ich werde Dich unterstützen“. Aber sobald er merkt, dass die Stimmung der Mehrheit gegen den Vorschlag ist, verrät er dich auf der Stelle [...]. Vladimir Il'ič verrät und verleugnet alles, aber all dies im Namen der Revolution und des Sozialismus. Nur der Grundidee bleibt er immer treu – dem Sozialismus, dem Kommunismus“[...]².

Zweifellos lässt sich diese Einschätzung des Führers des Weltproletariats ohne Einschränkung auch auf dessen Haltung zur nationalen Frage beziehen. Auch wenn er dieser Frage von Beginn seines politischen Kampfes sehr große Aufmerksamkeit schenkte, waren seine Konzepte doch immer von strategischen

¹ M. Geller, A. Nekrič, *Utopija u vlasti*, Bd. 1, M. 1995, 78.

² Zit. in: S. I. Liberman, *Dela i ljudi. Na sovjetskoj strojke*, New York 1944, 115.

Überlegungen geprägt. Bereits im ersten Programmentwurf der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei erhob Lenin 1895 die Forderung nach der Gleichberechtigung aller Nationen und Völker.³ 1903 nahm der 2. Parteitag der RSDRP auf Initiative Lenins die Forderungen nach völliger Gleichberechtigung aller Bürger unabhängig von Geschlecht, Religionszugehörigkeit, Rasse und Nationalität, nach dem Recht auf Selbstbestimmung aller Völker und territorialer Selbstverwaltung (*oblastnoe samoupravlenie*) in das Parteiprogramm auf.⁴ Zugleich wurde allerdings an keiner Stelle des Programms konkret gesagt, was diese vergleichsweise vagen Losungen tatsächlich beinhalten sollten. Erst zehn Jahre später füllte das ZK der RSDRP das „nationale Programm“ der Partei auf einer Zusammenkunft im polnischen Poronin mit konkreten Inhalten und legte sich in einer Resolution zur Frage des Nationalismus und der Rolle der marxistischen Partei eindeutig darauf fest, nationale Kulturautonomie und nach Nationalitäten getrennte Schulen innerhalb eines Staates abzulehnen, da diese Konzepte den „*Interessen des Klassenkampfes des Proletariats*“ zuwiderliefen.⁵ Bei gleicher Gelegenheit wurde erklärt, dass sich alle Arbeiter unabhängig von ihrer Nationalität in einheitlichen proletarischen Organisationen zusammenschließen müssten.

Zu diesem Zeitpunkt hatte Lenin bereits zwei unterschiedliche Phasen der historischen Entwicklung benannt, die jeweils unterschiedliche Strategien notwendig machten: eine erste Phase, die durch die Entstehung nationalen Bewusstseins und nationaler Bewegungen sowie den Kampf gegen nationale Unterdrückung charakterisiert sei, und eine zweite Phase, die sich durch die Internationalisierung von Wirtschaft, Politik und Wissenschaft sowie die Entstehung einer internationalen Einheit des Kapitals auszeichne.

Diese kapitalistische Tendenz zur Schaffung einer einheitlichen Weltwirtschaft, die mit der Einebnung nationaler Barrieren und der Assimilation der

³ V. I. Lenin, *Projekt i ob'jasnenie programmy social-demokratičeskoj partii*. In: *Polnoe sobranie sočinenij*, M. 1963–1965, Bd. 2, 85.

⁴ Siehe: V. I. Lenin, *Nacional'nyj vopros v našej programme*. In: *Polnoe sobranie sočinenij*, Bd. 7, 233–242.

⁵ Poroninskoe soveščanie CK RSDRP s partijnymi rabotnikami. In: *KPSS v rezoljucijach i rešenijach s'ezdov, konferencij i plenumov CK*. M. 1983, Bd. 1, 446–447. Wenig später begründete Stalin mit der ihm eigenen Neigung zur Vereinfachung die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie zu den Prinzipien der nationalen Kulturautonomie folgendermaßen: „Angesichts der durch die ökonomischen Bedingungen entstandenen nationalen Streuung, bedeutet es schon, eine Nation künstlich zu organisieren, eine Nation zu konstruieren, wenn man einzelne Angehörige dieser Nationalität zusammenfasst und vereint. Wenn man aber Leute künstlich zu einer Nation zusammenfasst und vereint, ist das nichts anderes, als sich auf den Standpunkt des Nationalismus zu stellen“. Siehe: *Sed'maja (aprel'skaja) Vserossijskaja konferencija RSDRP(b). Petrogradskaja obšegorodskaja konferencija RSDRP(b), april' 1917*. In: *Nacional'nyj vopros na perekrestke mnenij. 20-e gody dokumenty i materialy*. Pod redakciej V. P. Dmitrenko, A. P. Nenarokov. M. 1992, 13.

Nationen einherging, kam den weltrevolutionären Ambitionen der Bolschewiki nach Ansicht Lenins durchaus entgegen.⁶

War es in der ersten Phase opportun, nationale Bestrebungen zu unterstützen, um die bestehende Ordnung zu destabilisieren, konnten die Interessen der kleinen Nationen und Völker – war die zweite Phase erst einmal erreicht – für das Fortschreiten des weltrevolutionären Prozesses nur hinderlich sein. Lenin ließ keinen Zweifel daran, dass die Interessen der unterdrückten Nationen für ihn nicht Selbstzweck waren und nur dann Unterstützung verdienten, wenn sie mit den Klassenzielen des Proletariats konform gingen. „Der Marxismus setzt an die Stelle jeglichen Nationalismus den Internationalismus, die Verschmelzung aller Nationen in einer höheren Einheit“, schloss Lenin.⁷

Diesen Ansatz seines Lehrmeisters teilte auch der junge georgische Bolschewik Josif Stalin:

[Natürlich] entscheidet eine Nationalität ihr eigenes Schicksal, aber soll das etwa bedeuten, dass die Partei nicht auf Entscheidungen dieser Nationalität hinwirken soll, die den Interessen des Proletariats in größtmöglichem Maße entsprechen?⁸

Anders gesagt verfolgte die Führung der bolschewistischen Partei bereits zu diesem Zeitpunkt eine Nationalitätenpolitik, die ausschließlich die Interessen der Arbeiterklasse berücksichtigte und die Interessen der anderen Klassen und sozialen Schichten ignorierte.

Da nationale Fragen für Lenin nie prinzipiellen Charakter hatten, fiel es ihm nicht sonderlich schwer, sich nach der Revolution für einen föderativen Aufbau des sozialistischen Staates zu entscheiden, obwohl er diesen vor der Revolution kategorisch abgelehnt⁹ und wie die meisten anderen Vertreter der bolschewistischen Parteilite noch unmittelbar vor der Oktoberrevolution einen starken, zentralisierten Einheitsstaat favorisiert hatte.¹⁰ Die Gründe dafür waren recht einfach: Ein großer und zentralisierter Einheitsstaat war eine weit bessere Basis für die Weltrevolution. Deshalb hatten die Bolschewiki bereits lange, bevor sie die Macht in Russland ergriffen, allen Deklarationen über die Legitimität der demokratischen Bestrebungen der Nationen und Völker zum Trotz Kurs auf die Bewahrung des zentralisierten Staates genommen. Dabei konnten sie sich vollkommen auf die bereits im „Kommunistischen Manifest“ vertretene These stützen,

⁶ V. I. Lenin, *Kritičeskie zametki po nacional'nomu voprosu*. In: *Polnoe sobranie sočinenij*, Bd. 24, 124.

⁷ Ebd., 131.

⁸ I. V. Stalin, *Na puti k nacionalizmu*. In: *Sobranie sočinenij*. M. 1951, Bd. 2, 286.

⁹ Vgl.: V. I. Lenin, *Kritičeskie zametki po nacional'nomu voprosu*, 144.

¹⁰ Siehe z. B. die Thesen über den Staatsaufbau, ausgearbeitet auf der Allukrainischen Parteikonferenz (Dez. 1917). In: *Istorija nacional'no-gosudarstvennogo stroitel'stva v SSSR*. Bd. 1. M. 1968, 66.

dass die nationalen Widersprüche im Zuge des Prozesses der Internationalisierung des gesellschaftlichen Lebens zusammen mit den Klassengegensätzen verschwinden und schließlich auch alle nationalen Unterschiede absterben würden.¹¹ Lenin lehnte es ab, die kommunistische Partei¹² bzw. den künftigen sozialistischen Staat nach nationalen Kriterien aufzubauen, da eine solche Aufsplitterung seiner Ansicht nach darauf hinauslaufen musste, die revolutionären Kräfte erheblich zu schwächen.¹³ Der Einheitsstaat war für ihn Hauptinstrument und Hauptbedingung, um die sozialistische Revolution vorantreiben zu können.

Auf der anderen Seite war sich Lenin allerdings vollauf bewusst, dass der nationalen Frage sowohl im Weltmaßstab als auch insbesondere in Russland erhebliche Sprengkraft innewohnte und sie zum Auslöser sozialer Ausbrüche und der angestrebten „permanenten“ Revolution werden konnte. So erhoben die Bolschewiki das „Recht der Nationen auf Selbstbestimmung“ zu ihrer Losung, ohne allerdings selbst zu irgendeinem Zeitpunkt ernsthaft in Erwägung zu ziehen, dass Russland tatsächlich in seine Teile auseinanderfallen könnte. In seinen Arbeiten unterstrich Lenin mehrfach, dass die Loslösung einzelner Nationen von Russland ihren Sinn verlieren würde, sobald dort die Revolution gesiegt habe und Gleichberechtigung herrsche.¹⁴

So waren die Widersprüche der bolschewistischen Nationalitätenpolitik bereits in deren Programm angelegt: auf der einen Seite schrieb sich die kommunistische Partei die Losung der Selbstbestimmung der gewaltsam in einem Staat zusammengeschlossenen Völker auf ihre Fahne, auf der anderen Seite bestand das Ziel nicht etwa darin, dass diese sich tatsächlich loslösten, sondern darin, dass sie sich sofort nach dem Sieg der Revolution freiwillig wieder zusammen-

¹¹ Marx Karl – Friedrich Engels, *Manifest der Kommunistischen Partei*. In: Marx Karl – Friedrich Engels, *Werke*. Bd. 4. Berlin (Ost) 1980, 479. Siehe dazu auch: Connor, Walker: *The National Question in Marxist-Leninist Theory and Strategy*. Princeton 1984, 5–14; Alexander J. Motyl, *Sovietology, Rationality, Nationality. Coming to Grips with Nationalism in the USSR*. New York 1990, 72–78.

¹² Zum Thema des Aufbaus der Partei äußerte sich auch Stalin: „Nach Nationalitäten organisiert, kapseln sich die Arbeiter in ihren nationalen Schalen ab, grenzen sich durch organisatorische Zwischenwände gegeneinander ab. Hervorgehoben wird nicht das Gemeinsame unter den Arbeitern, sondern das, was sie voneinander unterscheidet. Hier ist der Arbeiter vor allem Angehöriger seiner Nation: Jude, Pole usw. Kein Wunder, dass der nationale Föderalismus in der Organisation die Arbeiter im Geist der nationalen Absonderung erzieht. Darum ist der nationale Organisationstypus eine Schule nationaler Borniertheit und Verknöcherung“. Siehe: I. V. Stalin, *Marksizm i nacional'nyj vopros*. In: *Sobranie sočinenij*, Bd. 2, 365.

¹³ Siehe z. B.: V. I. Lenin, [Pis'mo] S.G. Šaumjanu, 6.12.1913. In: *Polnoe sobranie sočinenij*, Bd. 48, 235.

¹⁴ Vgl. dazu: John A. Armstrong, *The Autonomy of Ethnic Identity: Historic Cleavages and Nationality Relations in the USSR*. In: *Thinking Theoretically about Soviet Nationalities. History and Comparison in the Study of the USSR*. Hg. v. Alexander J. Motyl. New York 1992, 23–43; D. L. Horowitz, *How to Begin Thinking Comparatively about Soviet Ethnic Problems*. In: *Thinking Theoretically about*, 9–22.

schlossen. Entsprechend hielten die Bolschewiki unter Führung Lenins Kurs auf die Gründung eines multinationalen zentralisierten Staates, in dem die nationale Frage nicht durch Separatismus oder Föderalismus, sondern durch territoriale Gebietsautonomie innerhalb eines einheitlichen Staates gelöst werden sollte.¹⁵ In seinem 1903 verfassten Artikel „Das Manifest der armenischen Sozialdemokraten“ vertrat Lenin erstmals die für die sozialdemokratische Nationalitätenpolitik grundlegende These, dass die nationale Frage nicht durch die Forderung nationaler Autonomie, sondern durch politische und bürgerliche Freiheit sowie völlige Gleichberechtigung gelöst werden müsse.¹⁶ An gleicher Stelle vertrat er die These, dass nicht die Selbstbestimmung der Völker und Nationen an sich, sondern die Selbstbestimmung des jeweiligen Proletariats einer jeden Nationalität das Ziel darstellen müsse. Was die Unterstützung von Forderungen nach nationaler Autonomie betreffe, sei diese mit Sicherheit nicht als „ewige Programmverpflichtung“ des Proletariats anzusehen.¹⁷

Ganz auf das Ziel der erfolgreichen sozialistischen Revolution fixiert, stufte Lenin vor allem das von den „Opportunisten“ aus den Reihen des „Bund“¹⁸ vertretene Konzept der nationalen Kulturautonomie als überaus schädlich ein, da es der nationalen Frage seines Erachtens größere Bedeutung beimaß als den Klasseninteressen des Proletariats.¹⁹ Das Konzept der nationalen Autonomie innerhalb des bestehenden Staates erschwere die Revolutionierung der national gesinnten Unterschichten der nach Unabhängigkeit strebenden Ukrainer, Polen, Finnen und sonstigen Randvölker Russlands und trage dadurch de facto zur Konsolidierung des autokratischen Russland bei.²⁰

1913 fügte Stalin, der spätere Volkskommissar für Nationalitätenfragen, die einzelnen ideologischen Thesen des Bolschewismus zur nationalen Frage in seiner Arbeit „Marxismus und nationale Frage“ zu einem einheitlichen System zusammen.²¹ Ausgehend von der Kritik an den Versuchen des „Bund“, das au-

¹⁵ *Sed'maja (aprel'skaja) Vserossijskaja konferencija RSDRP(b)*, 12–13.

¹⁶ V. I. Lenin, *O manifeste „Sojuza armjanskich social-demokratov“*. In: *Polnoe sobranie sočinenij*, Bd. 7, 104–105.

¹⁷ Ebd., 105.

¹⁸ Der „Bund“ (Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund in Polen, Litauen und Russland) wurde im Oktober 1897 gegründet. Zu dessen Programmatik siehe: Dietrich Geyer, *Lenin in der russischen Sozialdemokratie. Die Arbeiterbewegung im Zarenreich als Organisationsproblem der revolutionären Intelligenz*. Köln 1962, 347–367; Klaus Heller, *Revolutionärer Sozialismus und nationale Frage. Das Problem des Nationalismus bei russischen und jüdischen Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären im Russischen Reich bis zur Revolution 1905–1907*. Frankfurt am Main 1977; Jonathan Frankel, *Prophecy and Politics: Socialism, Nationalism, and the Russian Jews, 1862–1917*. Cambridge 1981; Heiko Haumann, *Geschichte Russlands*. München 1996, 385–387, 517.

¹⁹ Vgl.: *Nacional'naja politika Rossii. Istorija i sovremennost'*. Pod red. N. Meščerjakovoj. M. 1997, 171–172.

²⁰ G. B. Kostyrčenko, *Tajna politika Stalina. Vlast' i antisemitizm*. M. 2003, 42.

²¹ Bereits im September 1904 hatte Stalin in georgischer Sprache den Artikel „Wie versteht die Sozial-Demokratie die nationale Frage?“ veröffentlicht, in dem er für die „Zerstörung der nationalen

stro-marxistische Modell einer nationalen Kulturautonomie auf Russland zu übertragen, legte Stalin in diesem Text den Grundstein für die marxistisch-leninistische Theorie der nationalen Frage.²² Hier formulierte er erstmals explizit das Endziel des Sozialismus, das darin bestand, die nationalen Barrieren einzureißen, um die Bevölkerung zu vereinen und die nationale Abgrenzung durch Klassenabgrenzung zu ersetzen.²³ Obwohl dieser Artikel in Teilen von Lenin mitverfasst oder zumindest redigiert worden war,²⁴ handelte es sich um den ersten großen Schritt Stalins auf dem Weg zu einer eigenen national-staatlichen Doktrin, die sich in ihrer Endform Mitte der 1930er Jahre herausbilden sollte.²⁵ Als Alternative zum austro-marxistischen Programm des „Bund“ trat Stalin für eine territoriale Lösung der nationalen Frage in Russland ein, deren Eckpfeiler das Prinzip der „Gebietsautonomie“ darstellen sollte,²⁶ demzufolge das Zentrum einen Teil seiner Vollmachten an potentielle Kandidaten für eine Autonomie (wie z. B. Polen, Ukraine, Litauen usw.) abgeben sollte, die wiederum auf ihrem Gebiet die Rechte der nationalen Minderheiten (Verwendung ihrer Sprache in Schulen und Verwaltung usw.) umsetzen sollten.²⁷

Barrieren“ und einen engen Zusammenschluss der Proletarier aller Nationalitäten eintrat und heftig die armenischen „Föderal-Sozial-Demokraten“ kritisierte, die sich zum Ziel gesetzt hätten, es dem Bund in allem gleichzutun. I. V. Stalin, *Sobranie sočinenij*, Bd. 1, 40–41.

²² Die auf der Tagung des ZK der RSDRP in Poronin verabschiedete „Resolution zur nationalen Frage“ basierte im Wesentlichen auf den Thesen von Stalins Artikel „Marxismus und nationale Frage“. Auf diese Weise wurde die stalinsche Theorie offiziell zum Programm der bolschewistischen Partei in der nationalen Frage erhoben. Siehe: Poroninskoe soveščanie CK RSDRP s partijnyimi rabotnikami. In: *KPSS v rezoljucijach*, Bd. 1, 446–447.

²³ I. V. Stalin, *Markszim i nacional'nyj vopros*, 361–362. Zum austromarxistischen Konzept Otto Bauers und Karl Renners siehe ausführlicher: Demetrio Boersner, *The Bolsheviks and the National and Colonial Question (1917–1928)*. Paris 1957, 29–58; Hans Mommsen, *Sozialismus und Nation. Zur Beurteilung des Nationalismus in der marxistischen Theorie*. In: ders.: *Arbeiterbewegung und nationale Frage. Ausgewählte Aufsätze*. Göttingen 1979, 61–80; ders.: *O. Bauer, K. Renner und die sozialdemokratische Nationalitätenpolitik in Österreich 1905–1914*. In: *Arbeiterbewegung*, 195–217; Alexander J. Motyl, *Sovietology, Rationality, Nationality*, 76–81.

²⁴ 1948 wies Stalin im Gespräch mit M. Djilas auf Lenins Beitrag zur Entstehung des Aufsatzes *Marxismus und nationale Frage* hin und bemerkte: „Das war Iljitschs – Lenins Ansicht. Iljitsch hat das Buch herausgegeben“. Siehe: Milovan Djilas, *Gespräche mit Stalin*. Frankfurt a. M. 1962, 200. Vgl.: Lev Trockij, *Iosif Stalin*. In: *K istorii russskoj revoljucii. Sbornik statej*. Ė. 1990, 395–396.

²⁵ Es gibt keinen Grund, diesen Aufsatz vollständig Lenin zuzuschreiben, da Stil und Argumentationsführung eindeutig Stalin entsprechen. Angemerkt sei ferner, dass Lenin just nach diesem Aufsatz seine Haltung änderte und den Stalinschen „Föderalismus“ annahm. So übernahm Lenin in seinem eigenen Text „Thesen zur nationalen Frage“ (Juni 1913) alle grundlegenden Thesen aus Stalins Aufsatz. Siehe: V. I. Lenin, *Polnoe sobranie sočinenij*, Bd. 23, 314–322.

²⁶ I. V. Stalin, *Markszim i nacional'nyj vopros*, 361–362.

²⁷ „Die [nationalen] Minderheiten sind nicht etwa deshalb unzufrieden, weil sie keine nationale Union haben, sondern deshalb, weil sie kein Recht auf die eigene Muttersprache haben“, schrieb Stalin. „Gebt ihnen die Möglichkeit, ihre Muttersprache zu nutzen, und die Unzufriedenheit vergeht von allein [...]“. Siehe: I. V. Stalin, *Markszim i nacional'nyj vopros*, 363.

In seinem im Januar 1914 veröffentlichten Artikel „Ist eine obligatorische Staatssprache notwendig?“, in dem er die Programme der einzelnen Parteien zur nationalen Frage analysierte, vertrat Lenin die These, dass sich die Unterschiede zwischen den Nationen immer mehr einebneten und eine Tendenz zur Assimilation zu verzeichnen sei. „Wir sind überzeugt“, unterstrich Lenin, „dass die Entwicklung des Kapitalismus in Russland [...] zu einer gegenseitigen Annäherung der Nationen führt“.²⁸ Jeden Versuch, dieser Entwicklung entgegenzutreten, lehnte Lenin grundsätzlich ab. Wenn das Programm der nationalen Kulturautonomie fordere, die Zuständigkeit für die Schulen aus der Kompetenz des Staates zu lösen und in die Hände einzelner Nationalitäten zu übergeben, habe dies angesichts der erheblichen Unterschiede im Entwicklungsstand der unterschiedlichen Völker zur Folge, die Divergenzen zwischen diesen zu zementieren. Die Forderung des Programms der nationalen Kulturautonomie, dass die kleinen Nationen geschützt und vor Assimilation bewahrt werden müssten, lenke das Proletariat und die werktätigen Massen bloß von den Aufgaben der sozialistischen Revolution ab. Das Proletariat habe keinerlei prinzipielles Interesse, die nationale Entwicklung jeder Nation zu verteidigen, sondern begrüße im Gegenteil jegliche Assimilation der Nationen, die nicht auf Gewalt und Privilegien gestützt sei.²⁹

Auf der anderen Seite war Lenin allerdings aus taktischen Gründen zu weitgehenden Zugeständnissen an die nationalen Bewegungen bereit. So erklärte er z. B. im April 1916 in seinen Thesen „Die Sozialistische Revolution und das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung“, dass es der Kampf für den Sozialismus erforderlich mache, das Recht der unterdrückten Nationen auf Selbstbestimmung anzuerkennen, d. h. das Recht auf „freie politische Loslösung von der unterdrückenden Nation“.³⁰ Den nationalen Minderheiten des Russischen Reiches versprach die Führung der RSDRP zu diesem Zeitpunkt nicht nur die Abschaffung aller Beschränkungen, sondern auch „völlige Gleichberechtigung in schulischen, religiösen und sonstigen Fragen“.³¹ Noch am 2. (15.) November 1917 hieß es in der bekannten „Deklaration der Rechte der Völker Russlands“, dass die Politik der Unterdrückung und gegenseitigen Aufhetzung der Völker durch eine „offene und ehrliche Politik“ ersetzt werden sollte.³² Auf dem 2. Allrussischen Sowjetkongress erklärte Lenin erneut, dass die Sowjetmacht allen

²⁸ V. I. Lenin, *Nužen li objazatel'nyj gosudarstvennyj jazyk?* In: *Polnoe sobranie sočinenij*, Bd. 24, 295.

²⁹ V. I. Lenin, *Kritičeskie zametki po nacional'nomu voprosu*, 133.

³⁰ V. I. Lenin, *Socialističeskaja revolucija i pravo nacij na samoopredelenie. Tezisy*. In: *Polnoe sobranie sočinenij*, Bd. 27, 255. Zur Leninschen Konzeption der Nationalitätenpolitik vgl. auch: Jeremy Smith, *The Bolsheviks and the National Question, 1917–23*. London 1999, 7–28.

³¹ *Sed'maja (aprel'skaja) Vserossijskaja konferencija RSDRP(b)*, 14.

³² *Dekrety Sovetskoj vlasti*. M. 1957, Bd. 1, 40.

auf dem Gebiet Russlands lebenden Nationen volles Selbstbestimmungsrecht garantiere.³³

Zweifellos beendete diese „revolutionäre“ Erklärung, die den bolschewistischen Führern weltweite Popularität einbrachte, endgültig die jahrhundertelange Geschichte des autokratischen russischen Reiches. Auf der anderen Seite kündigte die bolschewistische Führung allerdings umgehend die Gründung einer „neuen“ sowjetischen Föderation an, die das aufgelöste Imperium sofort wieder zusammenschließen sollte.³⁴ Vor diesem Hintergrund kann man sich der These des Historikers Michail Geller anschließen, dass Lenin kein Gegner des Imperiums an sich, sondern lediglich des zaristischen Imperiums war, in dem er die Macht nicht in Händen hielt.³⁵

Noch im März 1917 sprach sich Stalin dafür aus, einzelnen nationalen Randgebieten Russlands wie der Ukraine, Transkaukasien und dem Baltikum das Recht auf politische Autonomie zu gewähren. Polen und Finnland, die de facto bereits nicht mehr unter russischem Einfluss standen, sollten das Recht auf völlige Selbstbestimmung erhalten.³⁶ Im April 1917 ging Stalin auf der VII. Allrussischen Konferenz der RSDRP(B) sogar noch weiter und versprach auch den obengenannten Nationen nicht nur „Gebietsautonomie“, sondern Anerkennung des Rechtes auf völlige Loslösung.³⁷

Lenin, der sich immer dafür eingesetzt hatte, die national-separatistischen Tendenzen in Russland zu unterstützen, um dadurch die Grundlagen des Staates zu untergraben und günstige Bedingungen für den sozialistischen Umsturz zu schaffen, erklärte bei derselben Gelegenheit, den separatistischen Bewegungen „gleichgültig und neutral“ gegenüberzustehen. Wenn sich Finnland, Polen oder die Ukraine von Russland lösten, sei dies nicht zu verurteilen.³⁸ Gleichzeitig bestand er darauf, die Resolution der VII. Allrussischen Konferenz der RSDRP(B) in einer Fassung zu verabschieden, die den nationalen Bestrebungen der Randvölker des russischen Reiches entgegenkam. Allen zu Russland gehörenden Völkern müsse das Recht auf Loslösung und Gründung eines selbständigen Staates zuerkannt werden. Wer dieses Recht leugne und keine Maßnahmen zu dessen praktischer Umsetzung ergreife, unterstütze Eroberungen

³³ V. I. Lenin, *Vtoroj Vserossijskij s'ezd Sovetov rabočich i soldatskich deputatov 25–26 oktjabrja 1917 g.* In: *Polnoe sobranie sočinenij*, Bd. 35, 11.

³⁴ Siehe auch: *Vtoroj Vserossijskij s'ezd Sovetov R[abočich] i S[soldatskich] D[eputatov]*. M./L. 1928, 65.

³⁵ M. Geller, *Istorija Rossijskoj imperii*, Bd. 3. M. 1997, 279. Vgl. dazu: Jörg Baberowski, *Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus*. München 2003, 199–201.

³⁶ G. V. Kostyrčenko, *Tajna politika Stalina*, 46.

³⁷ I. V. Stalin, *VII (aprel'skaja) konferencija RSDRP (bol'sevikov) 24–29 aprilja 1917 g.* In: *Sobranie sočinenij*, Bd. 3, 52–55.

³⁸ V. I. Lenin, *Reč' po nacional'nomu voprosu 29 aprilja (12 maja)*. In: *Polnoe sobranie sočinenij*, Bd. 31, 435.

und Annexionen.³⁹ Im Juni 1917 flirtete Lenin offen mit den nationalistischen Kräften der Ukraine, als er der Provisorischen Regierung voller Empörung vorwarf, ihre „elementare demokratische Schuld“ nicht zu erfüllen, der Ukraine das Recht auf völlige Loslösung zuzugestehen. Kaum hatten die Bolschewiki allerdings selbst die Macht in der Hand, vollzogen sie in ihrer Haltung gegenüber den Unabhängigkeitsbestrebungen der Ukraine eine Kehrtwende um 180 Grad: „Russland kann nicht ohne die ukrainische Zuckerindustrie existieren, das gleiche gilt auch für die Kohle des Donbass, das Getreide usw.“, stellte Georgij Pjatakow, der Führer der ukrainischen Bolschewiki, den Standpunkt des Zentrums unmissverständlich klar.⁴⁰

Was die Anerkennung der Unabhängigkeit Polens anging, taten sich die Bolschewiki mit diesem Schritt weit weniger schwer, da das entsprechende Territorium ohnehin von deutschen Truppen besetzt war und die Frage der Existenz eines selbständigen polnischen Staates praktisch bereits durch die Provisorische Regierung entschieden worden war.⁴¹ Zugleich konnten sich die Bolschewiki nur schwer dazu durchringen, auch den Finnen die Selbständigkeit zu gewähren.⁴² So erklärte der frischgebackene Volkskommissar für Nationalitätenfragen Stalin im November 1917 auf dem Parteitag der finnischen Sozialdemokratischen Partei zwar, dass die neuen Machthaber Russlands das Recht auf freie Selbstbestimmung auch für die Finnen anzuerkennen bereit seien, versprach aber praktisch im gleichen Atemzug den finnischen Bolschewiki jedwede Unterstützung von russischer Seite, wenn diese die Macht zu ergreifen versuchten.⁴³

Nach der offiziellen Loslösung Finnlands im Dezember 1917 erklärten auch Litauen und Lettland und im Februar 1918 Estland ihre Unabhängigkeit, ohne auf Widerstand zu treffen. Zweifellos lässt sich die Tatsache, dass die Bolschewiki die separatistischen Bestrebungen zu diesem Zeitpunkt gewähren ließen, durch die allgemeine Schwäche der Zentralmacht erklären. Die betreffenden Territorien des ehemaligen Russischen Reiches standen ohnehin nicht unter der Kontrolle Moskaus, sondern waren von deutschen Truppen besetzt, so dass die Bolschewiki nicht in der Lage waren, auf die Prozesse der Selbstbestimmung der

³⁹ V.I. Lenin, *Rezolucija po nacional'nomu voprosu*. In: *Polnoe sobranie sočinenij*, Bd. 31, 439.

⁴⁰ Zitiert nach: M. Geller, A. Nekrič, *Utopija u vlasti*, Bd. 1, 72.

⁴¹ Vgl.: *Nacional'naja politika Rossii*, 200–201.

⁴² I. V. Stalin, *O nezavisimosti Finljandii. Doklad na zasedanii VCIK 22.12.1917 g.* In: *Sobranie sočinenij*, Bd. 4, 22–23.

⁴³ Ders.: *Reč' na s'ezde Finljandskoj social-demokratičeskoj rabočej partii v Gel'singforsе 14.11.1917 g.* In: *Sobranie sočinenij*, Bd. 4, 4–5. Als die örtlichen Bolschewiki im Januar 1918 versuchten, in Finnland an die Macht zu gelangen, kamen den Aufständischen die vor Ort befindlichen Einheiten der Roten Armee umgehend zur Hilfe. Siehe: M. Geller, A. Nekrič, *Utopija u vlasti*, Bd. 1, 71.

westlichen Randgebiete Einfluss zu nehmen.⁴⁴ Mit anderen Worten: Die Führer der RKP(B) wurden die Geister, die sie selbst gerufen hatten, nicht wieder los: Sie mussten dafür bezahlen, dass ihr Programm zur nationalen Frage von zwei Prinzipien geprägt war, die einander de facto ausschlossen – der Unterstützung des Rechtes der Völker auf Selbstbestimmung auf der einen Seite und dem Bestreben, den zentralisierten Staat zu bewahren, auf der anderen Seite.⁴⁵

All diese Widersprüche traten deutlich zutage, als sich Lenin im Dezember 1919 auf der VIII. Allrussischen Konferenz der RKP(B) zur „Selbständigkeit“ der Ukraine äußerte. Was die Bolschewiki den ukrainischen Borot'bisty⁴⁶ vorwürfen, sei nicht deren Streben nach nationaler Selbständigkeit, sondern deren Unwillen, den Moskauer Ansichten Rechnung zu tragen, den Ansichten des Zentralkomitees, das sich nun einmal in Moskau befindet.⁴⁷ Es sollte also nationale Selbständigkeit nur mit Erlaubnis des ZK der RKP(B) und in dem von diesem gesetzten Rahmen geben. Der „proletarische“ Schriftsteller Maksim Gor'kij zog bereits zwei Wochen nach dem Oktoberumsturz am 20.11.1917 seinen – wie sich erweisen sollte – sehr prophetischen Schluss:

Lenin, Trotzki und ihre Clique sind bereits durch das faulige Gift der Macht verdorben, wovon ihre schändliche Haltung zur Freiheit der Rede, der Persönlichkeit und zur ganzen Summe jener Rechte zeugt, für deren Triumph die Demokratie gekämpft hat.⁴⁸

Der Bürgerkrieg zerstörte allerdings nicht nur endgültig das Russische Reich, sondern schuf auch die Voraussetzungen für die neuerliche „Sammlung“ seiner Länder. Dass es im Kern der marxistischen Theorie widersprach, den neuen Staat nach föderativem Prinzip aufzubauen, störte den Führer des Weltproletariats kaum, da er ohnehin davon ausging, dass alle entsprechenden Ent-

⁴⁴ Ende 1918 wurden in den baltischen Staaten jeweils sowjetische Regime etabliert, die sich allerdings nur bis zum Frühjahr 1919 an der Macht halten konnten. Anfang September 1919 war Sowjetrussland gezwungen, die Unabhängigkeit der baltischen Staaten offiziell anzuerkennen und deren „weißen“ Regierungen Verhandlungen anzubieten, „um die Kriegshandlungen zu beenden und friedliche Beziehungen zu etablieren“. Siehe: *Dokumenty vnešnej politiki SSSR*. M. 1958, Bd. 2, 246. Vgl.: G. V. Čičerin, *Stat'i i reči po voprosam meždunarodnoj politiki*. M. 1961, 282.

⁴⁵ Angesichts dessen, dass es weniger um die Nationalitätenpolitik der RKP(B) als vielmehr um die Rettung der bolschewistischen Macht selbst ging, konnten sich die Führer der RKP(B) damit zufriedengeben, dass „ein Teil der jungen bourgeoisen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen) neutralisiert war [...]“. Siehe: I. V. Stalin, *O političeskom položenii respubliki 27.10.1920 g.* In: *Sobranie sočinenij*, Bd. 4, 379.

⁴⁶ Borot'bisty: vor 1918 der linke Flügel der Partei der Sozialrevolutionäre in der Ukraine, der sich später der RKP(B) anschloss.

⁴⁷ V. I. Lenin, *VIII Vserossijskaja konferencija RKP(b). 2–4.12.1919 g. Zaključitel'noe slovo po voprosu o sovetskoj vlasti na Ukraine*. In: *Polnoe sobranie sočinenij*, Bd. 39, 371.

⁴⁸ M. Gor'kij, *Nesvoevremennye mysli. Zametki o russkoj revoljucii i kul'ture*. Siehe: Antologija samizdata <<http://antology.igrunov.ru/authors/gorky/mysli.html>> 12.03.2011.

scheidungen nur vorübergehenden Charakter hätten und durch die baldige Vollendung der Weltrevolution revidiert würden. Bereits im Juni 1917 hatte er auf dem 1. Allrussischen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte den Ruf ausgegeben: „Möge Russland eine Union freier Republiken sein“.⁴⁹ Der föderative Staatsaufbau war durch die Umstände diktiert. Die Sowjetmacht ließ sich nur etablieren und gegen die konterrevolutionären Kräfte verteidigen, wenn die Bolschewiki sich bereit zeigten, das föderative Prinzip anzuerkennen.⁵⁰

Die Bolschewiki befanden sich in einer höchst widersprüchlichen Situation. Einerseits waren sie plötzlich die Herren des Landes und wollten dessen weiteren Zerfall um jeden Preis stoppen, andererseits konnten sie sich nicht offen von ihren eigenen früheren Losungen abwenden, die überhaupt erst zu diesem Prozess geführt hatten. Vor diesem Hintergrund war die von Lenin ausgegebene Formel, die nationale Frage durch Gründung einer „freiwilligen“ föderativen Union der Völker Russlands zu lösen, ganz offensichtlich die einzige realistische Alternative, die sich der weitgehend machtlosen Zentralmacht überhaupt stellte.⁵¹ Auch die Berufung Stalins auf den Posten des Volkskommissars für Nationalitätenfragen war ein geschickter Schachzug Lenins, um der „sich selbst bestimmenden“ Peripherie Kompromissbereitschaft zu signalisieren. Auch wenn er keinen Hehl daraus machte, dass er das Recht der Völker auf Selbstbestimmung grundsätzlich ablehnte, machte die Tatsache, dass Stalin kein Großrusse war, den zu diesem Zeitpunkt noch über keinen großen politischen Einfluss verfügenden „prächtigen Georgier“ zu einer idealen Besetzung für die Rolle des „Sammlers der russischen Lande“.⁵² Hinzu kommt, dass die Losung der Selbstbestimmung der Völker in der Praxis durch den Beschluss des 8. Parteitags, die Partei im Unterschied zum Staat nicht föderativ, sondern zentralisiert zu strukturieren und

⁴⁹ V. I. Lenin, *Reč' o vojne 9 (22) ijunja*. In: *Polnoe sobranie sočinenij*, Bd. 32, 286. Vgl. dazu: A. N. Sacharov, *K voprosu o priččinach raspada SSSR*. In: *SSSR i cholodnaja vojna*. Hg. v. V. S. Leščuk, E. I. Pivovarov. M. 1995, 296–298.

⁵⁰ Siehe: A. Š. Buzarov, K. K. Chutyž, *Totalitarizm i nacional'nye otnošenija: uroki i sovremenost'*. In: *Severnij Kavkaz. Vybor puti nacional'nogo razvitija*. Majkop 1994, 18. Welche Rolle die nichtslawischen Völker während des Bürgerkriegs spielten, ist kaum erforscht. Siehe z. B.: Rex A. Wade, *The Bolshevik Revolution and Russian Civil War*. Westport 2001, 85–101; Nicolas Werth, *Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion*. In: *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*. Hg. v. Stéphane Courtois [u. a.]. München 1998, 51–295; S. A. Pavljučenkov, *Voennyj kommunizm v Rossii. Vlast' i massy*. M. 1997; ders.: *Krest'janskij Brest, ili predistorija bol'devistskogo NĖPa*. M. 1996; *The Bolsheviks in Russian Society. The Revolution and the Civil Wars*. Hg. v. Vladimir N. Brovkin. New Haven 1997; Vladimir Brovkin, *Behind the Front Lines of the Civil War*. Princeton 1994. Eine Ausnahme stellt die folgende Arbeit dar: V. T. Tormozov, *Beloe dviženie i nacional'nyj vopros*. M. 1997.

⁵¹ G. V. Kostyrčenko, *Tajnaja politika Stalina*, 47–48. Vgl. dazu: Jörg Baberowski, *Der Feind ist überall*, 198–204; Terry Martin, *The Affirmative Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939*. Ithaca, 2001, 1–27.

⁵² Vgl. dazu: I. V. Stalin, *Doklad po nacional'nomu voprosu, 15.01.1918 g.* In: *Sobranie sočinenij*, Bd. 4, 31–32.

die Zentralkomitees der nationalen Kommunistischen Parteien mit gewöhnlichen territorialen Komitees auf eine Stufe zu stellen,⁵³ jede Bedeutung verlor, da die Fäden der Macht gerade in der Partei zusammenliefen. Als einer der ersten erkannte Stalin die gewaltigen Möglichkeiten dieser Machtstruktur als wichtigste Integrationskraft des Landes. Noch bevor er als Generalsekretär den Parteilymp erklimmte, charakterisierte er die Partei im Juli 1921 folgendermaßen: „Die Kommunistische Partei ist eine Art Schwerträgerorden innerhalb des Sowjetischen Staates, der die Organe des letzteren lenkt und seine Tätigkeit inspiriert [...]“.⁵⁴

Innerhalb der eigenen Partei, wo sie über den nötigen Handlungsspielraum verfügten, sahen die Bolschewiki eine Aufspaltung nach nationalen Kriterien als Anachronismus an. Den föderativen Aufbau des Staates betrachteten sie hingegen als ein notwendiges, aber trotz aller Widersprüche zum marxistischen Ideal eines Staates, der über den nationalen Problemen stand und diese auf Klassenprobleme reduzierte, zu rechtfertigendes Übel. Man musste das Problem lediglich durch das Prisma des vom marxistischen Standpunkt aus allgemeineren Problems des Aufbaus einer klassenlosen Gesellschaft in der Zukunft betrachten, um die Gründung eines föderativen Staates nach der Oktoberrevolution nicht als „Verrat“ an der marxistischen Ideologie, sondern lediglich als deren aus den Rahmenbedingungen geborene Weiterentwicklung zu betrachten. Worauf es ankam, war die Gründung eines einheitlichen sozialistischen Staates an sich. Welche Form dieser konkret hatte, war zunächst zweitrangig.⁵⁵ Die Gründung einer Föderation war nichts anderes als ein Zugeständnis an die Umstände der Zeit.⁵⁶ „Die nationale Frage wird völlig durch die Bedingungen der sozialen Umstände, durch den Charakter der Macht im Land und ganz allgemein durch den gesamten Gang der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmt“, bemerkte Stalin in diesem Zusammenhang.⁵⁷

Als die RKP(B) das Prinzip der Föderation in ihr neues Programm aufnahm, deklarierte sie „die föderative Vereinigung der nach sozialistischem Typ organisierten Staaten“ als „Übergangsform auf dem Weg zur völligen Einheit“.⁵⁸ Ein offensichtlicher Widerspruch bestand darin, dass vom Standpunkt des Marxismus einerseits die Aufgabe der nationalen Befreiung in der Gründung eines selbständigen Staates durch die betreffende Nation bestand, andererseits die Interessen des Sozialismus aber verlangten, dass eben jene Nation durch den

⁵³ *Vos'moj s'ezd RKP(b). Protokoly.* M. 1959, 425.

⁵⁴ I. V. Stalin, *O političeskoj strategii i taktike russkich kommunistov.* In: *Sobranie sočinenij*, Bd. 5, 71.

⁵⁵ Siehe ausführlicher: *Nacional'naja politika Rossii*, 256–257.

⁵⁶ Später behauptete die Führung der Bolschewiki, dass die Gründung eines Staates nach dem föderativen Prinzip eine geplante Handlung war.

⁵⁷ I. V. Stalin, *Oktjabr'skij perevorot i nacional'nyj vopros.* In: *Sobranie sočinenij*, Bd. 4, 155.

⁵⁸ *Vos'moj s'ezd RKP(b).* In: *KPSS v rezoljucijach*, Bd. 2, 79.

großen sozialistischen Staat geschluckt wurde. Alle Hoffnungen der Bolschewiki konzentrierten sich darauf, dass die Weltrevolution diesen Widerspruch auflösen würde. „Wir haben unsere Sache überhaupt erst ausschließlich mit Blick auf die Weltrevolution begonnen“, unterstrich auch Lenin selbst 1920.⁵⁹

Anders gesagt waren alle Entscheidungen, die Fragen des national-staatlichen Aufbaus betrafen, durch taktische Überlegungen diktiert. Die durch die Revolution geweckten zentrifugalen Kräfte drohten die Kommunistische Partei zu schwächen und den Akzent von Klassenpositionen hin zu explizit nationalen Positionen zu verschieben. Da dieses ihren Interessen zuwiderlief, gründeten die Bolschewiki die Föderation, um den nationalen Kräften den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es handelte sich also um nichts anderes als ein formales Zugeständnis an die national-demokratischen Bewegungen, während der innere Zentralismus real gewahrt blieb.

Dies aber hieß in der logischen Konsequenz, dass der Föderalismus nichts anderes sein konnte als lediglich eine Übergangsform zwischen dem zaristischen Unitarismus und dem künftigen sozialistischen Unitarismus, was wiederum dazu führte, dass der formal dezentrale Sowjetstaat in der Praxis extrem zentralisiert war.⁶⁰ Während die klassische Autonomie eine gewisse Selbständigkeit bzw. in einigen politischen Fragen Unabhängigkeit gegenüber der Zentralmacht impliziert, also die Möglichkeit eines Abweichens der autonomen Republik von der allgemeinen politischen Linie der Föderation,⁶¹ traten die sowjetischen autonomen Republiken in der Praxis nicht nur einen Teil, sondern praktisch all ihre Rechte an die Zentralregierung ab.⁶² Diese Beschränkung der Vollmachten der autonomen Republiken durch die zentralen Machtorgane wiederum stellte die sowjetischen Autonomen Republiken bzw. Gebiete de facto auf eine Stufe mit „gewöhnlichen“ Gouvernements,⁶³ so dass es alles andere als verwunderlich ist, dass die 1. Verfassung der RSFSR (1918) tatsächlich nirgendwo eindeutig festlegte, worin der Unterschied zwischen den Autonomen Republiken und Gou-

⁵⁹ V. I. Lenin, *Reč' na toržestvennom zasedanii plenuma Moskovskogo soveta rabočich, krest'janskich i krasnoarmejskich deputatov, MK RKP(b) i MGSPS, posvjaščennom 3-ej godovščine Oktjabr'skoj revoljucii, 6 nojabrja 1920 g.* In: *Polnoe sobranie sočinenij*, Bd. 42, 1. Vgl. dazu: Jörg Baberowski, *Der Feind ist überall*, 186–189.

⁶⁰ Vgl. dazu: I. V. Stalin, *Organizacija Rossijskoj Federativnoj Respubliki*. In: *Sobranie sočinenij*, Bd. 4, 73; V. I. Lenin, *Kritičeskie zametki po nacional'nomu voprosu*, 144.

⁶¹ *Avtonomija*. In: *Ėnciklopedičeskij slovar' tovariščestva „A. Brat'ev i I. Granat“*. M. 1910, Bd. 1, 326–333.

⁶² Faktisch entstanden alle autonomen Republiken nur per Dekret des VCIK und des Sovnarkom. Die einzige Ausnahme bildete die Republik Baschkirien.

⁶³ Vgl.: Dekret des VCIK über die Umwandlung des Autonomen Gebiets der Wolgadeutschen in die ASSR der Wolgadeutschen, 20.02.1924. Rossijskij gosudarstvennyj archiv ekonomiki (RGAE), f. 4372, op. 31, d. 1923, l. 25–26; Anmerkungen des NKVD zum Entwurf der Verfassung der ASSR der Wolgadeutschen, 1926. Gosudarstvennyj archiv Rossijskoj Federacii (GARF), f. R-393, op. 53, d. 67, l. 308–311.

vernements bestand.⁶⁴ Stalin als konsequenter Verfechter des Zentralismus stellte zudem bereits im Mai 1918 eindeutig klar, dass die Sowjetmacht die Autonomie nur dann anzuerkennen bereit war, wenn sich diese unter der Führung und Kontrolle Moskaus befand.⁶⁵

Die Weichen für die weitere Entwicklung der bolschewistischen Nationalitätenpolitik wurden auf dem X. Parteitag der RKP(B) gestellt, der unter anderem die sogenannte „Einwurzelung“ [korenizacija] der Kader beschloss und zum Kampf gegen nationalistische und kolonisatorische Arroganz der russischen Kommunisten in der Peripherie aufrief.⁶⁶ Mit den Thesen des X. Parteitags nannte Stalin bereits im Mai 1921 die folgenden fünf Maßnahmen, die seines Erachtens ergriffen werden mussten, um die Nationen einander anzugleichen: 1) Studium der ökonomischen Situation, der Lebensbedingungen und der Kultur der rückständigen Nationen und Völkerschaften; 2) Förderung der Entwicklung ihrer nationalen Kultur; 3) politische Aufklärung; 4) allmähliche und „schmerzfreie“ Einbeziehung der Nationen in höhere Wirtschaftsformen; 5) wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Werktätigen der rückständigen und der fortgeschrittenen Nationen.⁶⁷

Im Kern lief das Programm der Bolschewiki nach deren Sieg darauf hinaus, nicht mehr die Selbstbestimmung der Völker, sondern deren faktische Gleichheit zum Ziel zu erheben. War eine solche Gleichheit erst einmal erreicht, so die Annahme Stalins, würde sich das jahrhundertealte Problem von Diskriminierung und Nationalismus quasi von selbst lösen.⁶⁸ Zweifellos hatte diese Zielsetzung den positiven Effekt, dass das Zentrum den rückständigen Völkern des Ostens und Nordens sowohl materiell als auch personell massive Hilfe zukommen ließ, um diese in die Lage zu versetzen, die entwickelteren Völker des Westens einholen zu können. Andererseits dienten alle in diese Richtung unternommenen Anstrengungen (Aufklärung in jeder Form, Entsendung technischer Spezialisten,

⁶⁴ *Konstitucija RSFSR 1918 g.* Siehe: <<http://www.hist.msu.ru/ER/Etext/cnst1918.htm>> 17.03.2011. Vgl.: *Nacional'naja politika Rossii*, 235.

⁶⁵ I. V. Stalin, *Vystuplenija na soveščanii po sozyvu Učreditel'nogo s'ezda Tataro-Baškirskoj sovetskoj respubliki. 10.–16.05.1918 g.* In: *Sobranie sočinenij*, Bd. 4, 85–90. Mit anderen Worten: Der juristische Rahmen und der konkrete Inhalt der neugegründeten Autonomien ebenso wie deren Beziehungen zur Zentralregierung und Beteiligung an der Entscheidung gesamt-föderaler Fragen sollte ausschließlich in Abstimmung mit Moskau definiert werden. Vgl. dazu: Albrecht Martiny, *Der Nationalismus in sowjetischer Sicht*. In: *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie*. Bd. IV. Freiburg, Basel, Wien 1971, 670–695.

⁶⁶ *Stenografičeskij otčet X s'ezda RKP(b)*. M., 1963, 60; *Cirkuljarnoe pis'mo CK RKP(b) mestnym partijnym organizacijam o rabote sredi nacional'nych men'sinstv, 26.11.1921*. In: *CK RKP(b) – VKP(b) i nacional'nyj vopros*. Kniga 1: 1918–1933 gg. Sost. L.S. Gatagova. M. 2005, 59.

⁶⁷ I. V. Stalin, *K postanovke nacional'nogo voprosa*. In: *Sobranie sočinenij*, Bd. 5, 52–59.

⁶⁸ Siehe ausführlicher: *Desjatj s'ezd RKP(b). Mart 1921 g. Stenografičeskij otčet*. M. 1963, 184; Ėdvard Karr, *Istorija sovetskoj Rossii*. In: *Bol'sevistskaja revoljucija 1917–1923*. M. 1990, Bd. 1, 288; Jörg Baberowski, *Der Feind ist überall*, 201–202.

Ausbildung nationaler Kader usw.) ausschließlich dem Ziel, ein nationales Proletariat zu schaffen.⁶⁹

Nach dem Ende des Bürgerkriegs stellte die RSFSR 92% des Territoriums und 70% der Bevölkerung der späteren UdSSR. Das restliche Gebiet nahmen die formal unabhängigen Sowjetrepubliken Ukraine, Weißrussland, Aserbaidschan, Georgien, Armenien, die Republik Fernost sowie die beiden mittelasiatischen Volksrepubliken Choresm und Buchara ein. Zugleich forderte die Organisationsstruktur der kommunistischen Partei einen zentralisierten Staat. Während die meisten Vertreter der westlichen Nationalitäten (Letten, Polen, Esten usw.) innerhalb der kommunistischen Partei für eine Zentralisierung eintraten und de facto großrussisch-chauvinistische Positionen verfolgten, wehrten sich die Kommunisten der „unabhängigen“ Sowjetrepubliken (vor allem Ukrainer und Georgier) erbittert dagegen, von Russland vereinnahmt zu werden. Dabei hing der Widerstand gegen Moskau unmittelbar von der Stärke und dem Einfluss der Kommunistischen Parteien der jeweiligen unabhängigen Sowjetrepubliken ab.⁷⁰ Als erste unabhängige Republik unterzeichnete im September 1920 Aserbaidschan, das schwächste Glied in der Kette der Sowjetrepubliken, einen Vertrag mit Russland, der eine enge militärische und ökonomische Union sowie faktisch den Verzicht auf Souveränität vorsah und zum Modell für spätere Verträge zwischen Moskau und anderen „unabhängigen“ Republiken wurde.⁷¹

Nachdem Stalin im April 1922 den Posten des Generalsekretärs des ZK der RKP(B) angetreten hatte, sprach er sich bereits im August desselben Jahres dafür aus, dass die unabhängigen Sowjetrepubliken Ukraine, Weißrussland, Aserbaidschan, Georgien und Armenien der RSFSR formal beitreten sollten. Die Kompetenzen der Machtorgane Russlands sollten auch auf diese Republiken ausgedehnt werden.⁷² Im September 1922 schlug Stalin Lenin in einem Brief vor, die Beziehungen zwischen dem Zentrum und den Randgebieten neu zu

⁶⁹ Vgl. dazu: , Igal Halfin, *From Darkness to Light. Class, Consciousness, and Salvation in Revolutionary Russia*. Pittsburgh 2000, 39–84; , Zygmunt Bauman, *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*. Frankfurt am Main 1996, 323; François Furet, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*. München 1996, 41.

⁷⁰ M. Geller, A. Nekrič, *Utopija u vlasti*, Bd. 1, 159, 161.

⁷¹ In seinem im Oktober 1920 verfassten Aufsatz „Die Politik der Sowjetmacht in der nationalen Frage“ sprach sich Stalin offen gegen die Loslösung der Randstaaten von Russland aus. Siehe: I. V. Stalin, *Predislovie k sborniku statej po nacional'nomu voprosu, izdannomu v 1920 g.* In: *Sobranie sočinenij*, Bd. 4, 372.

⁷² Proekt rezoljucii o vzaimootnošenijach RSFSR s nezavisimymi respublikami, predložennyj I.V. Stalinym, [11.08.1922]. In: *Izvestija CK KPSS* (1989), Nr. 9, 192–193. Nach den Plänen Stalins sollten alle Beschlüsse des VCIK, des Rats der Volkskommissare und des STO der RSFSR automatisch auch für die nationalen Republiken Gültigkeit haben. Siehe ausführlicher: V. I. Lenin, *Primečanie k stat'e*. In: *Polnoe sobranie sočinenij*, Bd. 45, 557. Vgl. dazu: Jörg Baberowski, *Der Feind ist überall*, 210–212.

ordnen und dem bestehenden Chaos ein Ende zu machen: Statt in den Sowjetrepubliken weiterhin „Unabhängigkeit zu spielen“, forderte er eine endgültige Entscheidung:

„Entweder tatsächliche Unabhängigkeit und dann Nichteinmischung des Zentrums [...]; oder aber tatsächliche Vereinigung der Sowjetrepubliken zu einem ökonomischen Ganzen [...], das heißt Ersetzung der fiktiven Unabhängigkeit durch tatsächliche innere Autonomie der Republiken [...]“.⁷³

Allerdings scheiterte Stalin mit seinem Projekt am Widerstand Lenins, der die Gründung einer „Union der Sowjetrepubliken Europas und Asiens“ favorisierte. Hatte Stalin ein vergleichsweise einfaches Schema gefordert, bei dem alle nationalen Territorien innerhalb eines einheitlichen Staates einheitliche Autonomierechte haben sollten, schlug Lenin die wesentlich kompliziertere Variante einer vielstufigen national-hierarchischen Konstruktion vor.⁷⁴ Gemäß dieser sollten die zuvor „selbständigen“ Staaten Russland, Ukraine und Weißrussland⁷⁵ den obersten Rang einnehmen, gefolgt von den in der Transkaukasischen Föderation vereinten Ländern Georgien, Aserbaidschan und Armenien. Daran sollten sich auf dem untersten Rang die innerhalb der Unionsrepubliken bestehenden Autonomen Republiken usw. anschließen. Auf diese Weise legten die Bolschewiki den Grundstein für eine Hierarchie, die durch die Ungleichheit nationaler Rechte geprägt war, welche wiederum von der Größe der Völker und der geographischen Lage der von diesen bewohnten Territorien abhing.⁷⁶ Es versteht sich

⁷³ „In vier Jahren des Bürgerkriegs, in denen wir aufgrund der Interventionen gezwungen waren, den Liberalismus Moskaus in der nationalen Frage zu demonstrieren“, schrieb Stalin, „haben wir es, ohne das selbst zu wollen, geschafft, unter den Kommunisten echte und konsequente Anhänger der Unabhängigkeit [social-nezavisimcy] heranzuziehen. Die Generation der jungen Kommunisten in den Randgebieten will das „Unabhängigkeit Spielen“ nicht als Spiel verstehen, nimmt die Worte über die Unabhängigkeit hartnäckig für bare Münze und verlangt von uns, die Buchstaben der Verfassung der unabhängigen Republiken tatsächlich in die Realität umzusetzen“. Siehe: Pis'mo I.V. Stalina V.I. Leninu, 22.09.1922. In: Izvestija CK KPSS (1989), Nr. 9, 198–199. Vgl. dazu: Terry Martin, *The Russification of the RSFSR*. In: Cahiers du monde russe 39 (1998), Nr. 1–2, 100–103.

⁷⁴ Stalin bewertete die Position Lenins als „nationalen Liberalismus“, beharrte allerdings nicht auf seinem Standpunkt und arbeitete sein Projekt um. Siehe: Lev Trockij, *Stalinskaja škola fal'sifikacii*. M. 1990, 78–79.

⁷⁵ Durch die scholastische Herabstufung der RSFSR auf eine Stufe mit der Ukraine und Weißrussland hoffte Lenin die Vertreter der Unabhängigkeitsbestrebungen in den nationalen Republiken befriedigen zu können.

⁷⁶ Die sowjetische staatspolitische Konzeption stellte einen direkten Zusammenhang zwischen dem Status einer national-administrativen Körperschaft und deren geographischer Lage her. Um den Status einer Unionsrepublik zu erlangen, durfte das Gebiet einer Republik nach Stalin an der Außengrenze der UdSSR liegen und nicht vollständig von sowjetischem Gebiet umgeben sein. Entsprechend war die Umwandlung von Autonomen Republiken in Unionsrepubliken obsolet, „weil sie von allen Seiten von Sowjetrepubliken und -gebieten umgeben sind und weil sie eigentlich aus der

von selbst, dass ein solches Modell nur funktionieren konnte, wenn zugleich die Partei als feste Klammer fungierte.⁷⁷ Je mehr „nationaler Liberalismus“, desto mehr Zentralismus, so die Sophistik Lenins, der sich bestens der Tatsache bewusst war, dass nicht der Rat der Volkskommissare, sondern die RKP(B) als Hauptinstrument der Zentralisierung fungierte.⁷⁸ Dabei darf man nicht vergessen, dass die UdSSR just zu einem Zeitpunkt gegründet wurde, als deren Väter große Hoffnung auf revolutionäre Umwälzungen sowohl im Osten als auch in Europa setzten.

Symptomatisch war ferner, dass die Gründung der UdSSR selbst, die nach den Worten Stalins ein „Vorbild für die kommende Sowjetische Sozialistische Weltrepublik“⁷⁹ sein sollte, nicht etwa durch Übereinkunft zwischen den Republiken, sondern per Dekret der Zentralregierung erfolgte. Im Prinzip handelte es sich um einen rein formalen Akt, der eine von Moskau aufgezwungene vollständige Integration implizierte. Der Aufbau der neugegründeten Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken folgte vollständig dem auf dem Prinzip der Zuteilung von Territorium nach nationalen und sprachlichen Kriterien basierenden Muster der RSFSR. Die Prinzipien der sowjetischen Nationalitätenpolitik hatte Grigorij Zinov’ev bereits 1919 ohne große Umschweife formuliert:

Wir können nicht ohne das aserbajdschanische Öl oder die turkestanische Baumwolle auskommen. Wir nehmen diese Produkte, die wir brauchen, aber nicht so,

Sowjetunion nirgendwohin austreten können“, erklärte Stalin unter allgemeinem Gelächter auf dem Außerordentlichen VIII. Sowjetkongress im Jahr 1936. Siehe: J. W. Stalin, *Über den Entwurf der Verfassung der Union der SSR*. In: ders.: *Werke*. Dortmund 1976, Bd. 14, 83–84.

⁷⁷ G. B. Kostyrčenko, *Tajna politika Stalina*, 51/052.

⁷⁸ Es ist bemerkenswert, dass vom Augenblick der Verabschiedung der Verfassung der UdSSR an der Rat der Volkskommissare, der Oberste Volkswirtschaftsrat und andere Zentralorgane der RSFSR zu entsprechenden Organen der UdSSR wurden, ohne de facto ihre Funktionen zu ändern. Vor allem aber wurde die RKP(B), in deren Händen die Macht konzentriert war, faktisch zur Kommunistischen Partei der UdSSR, obwohl sie offiziell erst 1925 entsprechend umbenannt wurde. Siehe: Li Van Con, *Ot Lenina k stalinizmu (1917–1939)*. M. 1997, 193–194. Die Geschichte der Staatsgründung ist ausführlich beschrieben worden. Siehe z. B.: Edward Hallett Carr, *Socialism in one Country 1924–1926*. London 1959, Bd. 2, 231–272; Richard Pipes, *The Formation of the Soviet Union. Communism and Nationalism 1917–1923*. Cambridge 1964, 269–293; Jürgen Arnold, *Die nationalen Gebietseinheiten der Sowjetunion. Staatlichkeit, Souveränität und Autonomie im Sowjetföderalismus*, Köln 1973; A. P. Nenarokov, *K edinstvu raznych. Kul’turnye faktory obeditel’nogo dviženija sovetskich narodov 1917–1924*. M. 1991, 114–137; T. P. Koržichina, *Sovetskoe gosudarstvo i ego ureždenija: nojabr’ 1917 g. – dekabr’ 1991 g.* M. 1995, 109–116; Manfred Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*. München 1998, 194–202; Ronald Grigor Suny, *The Soviet Experiment. Russia, the USSR, and the Successor States*. New York 1998, 140–144; Terry Martin, *An Affirmative Action Empire: The Soviet Union as the Highest Form of Imperialism*. In: *A State of Nations: Empire and Nation-Making in the Age of Lenin and Stalin*. Hg. v. Ronald Grigor Suny, Terry Martin. Oxford 2001, 67–90.

⁷⁹ I. V. Stalin, *Ob obrazovanii Sojuza Sovetskich Socialističeskich respublik. 30.12.1922 g.* In: *Sobranie sočinenij*, Bd. 5, 158.

wie sie die früheren Ausbeuter genommen haben, sondern als ältere Brüder, die die Fackel der Zivilisation tragen.⁸⁰

1923 gab es unter der Ägide Moskaus bereits vier Unionsrepubliken, 13 Autonome Republiken und 16 Autonome Gebiete, was der von den Bolschewiki vor 1917 vertretenen nationalen kommunistischen Ideologie völlig zuwiderlief.⁸¹

Stalin selbst verstand die sowjetische Nationalitätenpolitik als „Politik der Zugeständnisse an die nationalen Minderheiten und die nationalen Vorurteile“,⁸² die nichts daran änderte, dass das Endziel darin bestand, die unterschiedlichen Nationen und Völkerschaften in einer einzigen Einheit – dem „sowjetischen Volk“ – zu verschmelzen.⁸³ In seinem im Februar 1921 verfassten Aufsatz „Über die nächsten Aufgaben der Partei in der nationalen Frage“ stellte Stalin eindeutig klar, dass er sowohl „großrussischen Chauvinismus“ als auch „bourgeois-demokratischen Nationalismus“ als nicht tolerierbare Abweichungen vom Kommunismus verstand.⁸⁴ Auf dem XII. Parteitag der RKP(B) ging Stalin noch weiter und unterstrich, dass das Recht eines Volkes auf Selbstbestimmung dem Recht „der Arbeiterklasse auf Festigung ihrer Macht“ untergeordnet sei.⁸⁵ Dennoch war aber auch Stalin im Interesse der Festigung seiner Macht gezwungen, die Politik der „Zugeständnisse“ fortzuführen – des „Flirts“ mit der nationalen Bürokratie, deren Machtambitionen durch die praktische Umsetzung des auf dem X. Parteitag eingeschlagenen Kurses der „Einwurzelung“ der Kader befriedigt werden konnten. Indem er ihnen ermöglichte, regionale Verwaltungsapparate aufzubauen, konnte Stalin seine unversöhnlichen Kritiker aus den Reihen der

⁸⁰ Zit. nach: M. Geller, A. Nekič, *Utopija u vlasti*, Bd. 1, 166.

⁸¹ Siehe dazu: Andreas Kappeler, *Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung – Geschichte – Zerfall*. München 1993, 302.

⁸² I. V. Stalin, *Zaključitel'noe slovo po organizacionnomu otčetu CK. [XII s'ezd RKP(b)]*. In: *Sobranie sočinenij*, Bd. 5, 231.

⁸³ Vgl. dazu: Ńeresa Rakowska-Harmstone, *The Dialectics of Nationalism in the USSR*. In: *The Soviet Nationality Reader The Disintegration in Context*. Hg. v. Rachel Denber. Boulder 1992, 391–416; Yuri Slezkine, *The USSR as a Communal Appartment, or How a Socialist State Promoted Ethnic Particularism*. In: *Stalinism. New Directions*. Hg. v. Sheila Fitzpatrick. London/New York 2000, 313–347.

⁸⁴ I. V. Stalin, *Ob očerednych zadačach partii v nacional'nom voprose*. In: *Sobranie sočinenij*, Bd. 5, 27–28. Siehe ausführlicher: Gerhard Simon, *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinistischen Gesellschaft*. Baden-Baden 1986, 83–106; Ju. Šapoval, *Der russische Nationalismus und die Herrschaft Stalins*. In: *Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg*. Hg. v. Manfred Hildermeier. München 1998, 291–305; Peter A. Blitstein, *Nation-Building or Russifikation?* In: *A State of Nations: Empire and Nation-Making in the Age of Lenin and Stalin*. Hg. v. Ronald Grigor Suny, Terry Martin. Oxford 2001, 253–274; Terry Martin, *The Russification of the RSFSR*. In: *Cahiers du monde russe* 39 (1998), Nr. 1–2, 99–118.

⁸⁵ I. V. Stalin, *Zaključitel'noe slovo po dokladu o nacional'nych momentach*, 265.

besonders radikalen National-Kommunisten wie M.Ch. Sultan-Galiev oder P.G. Mdivani neutralisieren.⁸⁶ Insbesondere um die Realisierung der nationalen Unabhängigkeit zu verhindern, war die Führung der kommunistischen Partei gezwungen, den Weg der „Einwurzelung“ in den sowjetischen nationalen und autonomen Republiken zu beschreiten, um den Machtanspruch lokaler Kräfte auf diesem Weg zu kompensieren.⁸⁷ Eine geradezu zwangsläufige Folge dieser Politik, die „Titularnationen“ der Unionsrepubliken durch Privilegierung auf die eigene Seite zu ziehen, bestand darin, dass die über kein eigenes Territorium verfügenden und über das ganze Land zersplittert lebenden nationalen Minderheiten immer mehr in den Hintergrund rückten. Eben dieser Politik des Zentrums gegenüber den Vertretern der nationalen Minderheiten des Westens, die nach 1917 größtenteils als „früher herrschende Nationen“⁸⁸ stigmatisiert waren, soll die folgende Untersuchung gewidmet sein.

Kurz zusammengefasst, lässt sich Folgendes in Bezug auf die Entwicklung der Ansichten der bolschewistischen Führer zur nationalen Frage und zum national-staatlichen Aufbau sagen:

Bis zur Oktoberrevolution lehnten Lenin und seine Mitstreiter einen föderativen Staatsaufbau ab und traten für die Gründung von Gebietsautonomien ein. Die Tatsache, dass sich die Bolschewiki die Losung des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung bis hin zur politischen Loslösung auf ihre Fahnen schrieben, trug zweifellos maßgeblich dazu bei, die unterschiedlichen nationalen Gruppen Russlands innerhalb der revolutionären Bewegung zusammenzuschmieden. Zugleich hatten die Interessen des Klassenkampfes und der Vorbereitung der sozialistischen Revolution für Lenin immer absolute Priorität. In den auf dem Gebiet des ehemaligen

⁸⁶ Vgl. dazu: G. V. Kostyrčenko, *Tajnaja politika Stalina*, 53–54; Terry Martin, *The Affirmative Action Empire*, 15–22.

⁸⁷ Zum Konzept der „Einwurzelung“ [korenizacija] siehe ausführlicher: Gerhard Simon, *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion*, 47–57; George Liber, *Korenizatsiia: Restructuring Soviet Nationality Policy in the 1920's*. In: *Ethnic and Racial Studies* 14 (1991), 15–23; Lewis H. Siegelbaum, *Soviet State and Society between the Revolutions, 1918–1929*. Cambridge 1992, 117–126; Ronald Grigor Suny, *The Revenge of the Past. Nationalism, Revolution, and the Collapse of the Soviet Union*. Stanford 1993, 100–112; Robert J. Kaiser, *The Geography of Nationalism in Russia and the USSR*. Princeton 1994, 107–138; Yuri Slezkine, *The USSR as a Communal Apartment*, 313–347; Terry Martin, *The Affirmative Action Empire*, 9–15.

⁸⁸ Der Begriff „herrschende Nation“ ist in den Partei- und Sowjetdokumenten der behandelten Zeit immer wieder zu finden. Als Begründung für die Zurechnung der nationalen Minderheiten des Westens zu den „herrschenden Nationen“ wird dabei in der Regel deren „Klassenposition“ angeführt – insbesondere die Tatsache, dass diese (vor der Revolution von 1917) abhängige, häufig anderen Nationalitäten angehörige Arbeitskräfte (Saisonarbeiter, Tagelöhner, Dienstmädchen usw.) beschäftigt hatten. Außerdem war unter Parteifunktionären die Ansicht verbreitet, dass die nationalen Minderheiten des Westens vor der Revolution im Unterschied z. B. zu den Angehörigen der östlichen Nationalitäten eine größtenteils wohlhabende und der Zarenregierung gegenüber loyale Bevölkerungsgruppe dargestellt hatten.

Russischen Reiches lebenden Nationalitäten sah die Führung der RSDRP(B) nie etwas anderes als lediglich Verbündete im Kampf um die Macht, deren allgemeindemokratische Interessen kaum eine Rolle spielten.⁸⁹

Nachdem die Partei der Bolschewiki unter der Führung Lenins die Macht erlangt hatte, änderte sie radikal ihre vor der Revolution entwickelten politischen Ansichten zu Fragen des national-staatlichen Aufbaus. Hinsichtlich der Organisation der Partei schon immer ein Anhänger des Zentralismus, übertrug Lenin nun das Prinzip des Zentralismus auch auf den sowjetischen Staat. Motiviert war dieses Streben nach einem starken, zentralisierten Staat nicht durch patriotische Erwägungen, sondern durch die Überlegung, dass ein starker Staat die beste Ausgangsbasis für die Weltrevolution darstellen würde. Vor dem Hintergrund dieser Bestrebungen war die Gründung der RSFSR und später der UdSSR lediglich ein äußerliches Zugeständnis an die national-demokratischen Bewegungen in der Peripherie, bei gleichzeitiger Bewahrung und Festigung eines inneren Zentralismus. Dabei sahen die bolschewistischen Führer in den nationalen Problemen ein nur vorübergehendes Phänomen und lediglich den äußeren Ausdruck der Klasseninteressen bestimmter sozialer Schichten und gesellschaftlichen Gruppen.

Die Partei der Bolschewiki ging mit einem Programm zur nationalen Frage in den politischen Kampf, das das Recht der Völker bis hin zur Loslösung verkündete, weil sie die dieser Losung innewohnende Sprengkraft innerhalb des russischen Vielvölkerreichs bestens verstand. Nach der Machtübernahme sollte das Recht auf Selbstbestimmung durch das Recht „souveräner“ Autonomien unter Moskauer Kontrolle und „faktische“ Gleichheit der Nationen ersetzt werden. Da sich der von ihnen selbst provozierte Prozess der nationalen Abspaltungsbestrebungen aber nicht einfach stoppen ließ, blieb den Bolschewiki keine andere Wahl, als die Prinzipien des föderalen Aufbaus des Sowjetstaats und der Zuteilung von Territorien nach national-sprachlichen Kriterien anzuerkennen. Die Führung der RKP(B) konnte und wollte keine nationalen Konfliktherde zulassen, die die Sowjetrepublik schwächen und die Ausbreitung des weltrevolutionären Prozesses hätte verhindern können. Im Prozess des national-staatlichen Aufbaus in der UdSSR standen die Titularnationen der Unionsrepubliken auf der höchsten Stufe der „national-hierarchischen Konstruktion“ und waren im Vergleich zu anderen Nationen privilegiert. Die über kein eigenes Territorium verfügenden nationalen Minderheiten wiederum standen auf der untersten Ebene

⁸⁹ Siehe dazu: *Sed'maja (aprel'skaja) Vserossijskaja konferencija RSDRP(b)*, 27.

dieser vom Kreml entworfenen Konstruktion. Dies hatte nicht nur zur Folge, dass ihnen zahlreiche Rechte verweigert wurden, sondern machte sie im weiteren Verlauf des „Großen Experiments“ zur Formierung einer einheitlichen sozialistischen Nation – des „sowjetischen Volkes“ – auch besonders verwundbar.⁹⁰

Учитель и ученик: формирование взглядов Ленина и Сталина по национальному вопросу и национально-государственному строительству

В. И. Ленин и его соратники отвергали до Октябрьской революции идею федеративного государственного устройства, выступая за создание автономных областей. Лозунг права наций на самоопределение вплоть до отделения, начертанный на их знаменах, несомненно, способствовал вовлечению в революционное движение различных национальных групп. Но интересы классовой борьбы и социалистической революции всегда имели для Ленина абсолютный приоритет. В народах, проживавших на территории бывшей Российской империи, руководство РСДРП(б) видело только временных союзников в борьбе за власть, чьи национальные и политические интересы не играли особой роли. После прихода большевиков к власти они радикально изменили свои дореволюционные политические воззрения по вопросам национально-государственного строительства. Ленин, верный сторонник принципа централизма в партии, перенес этот принцип на советское государство. Его стремление к сильному централизованному государству объяснялось не патриотическими мотивами, а убеждением в том, что сильное государство является наилучшим плацдармом для мировой революции. В результате образования РСФСР, а затем СССР, при сохранении и укреплении внутреннего централизма, представляло собой лишь мнимую уступку национально-демократическим движениям и национальным элитам. К тому же большевистские вожди расценивали национальные проблемы как временное и преходящее явление, обусловленное классовыми интересами различных социальных слоев. В ходе национально-государственного строительства СССР так называемые титульные нации союзных республик заняли верхний уровень „национально-иерархической конструкции“ и, таким образом, оказались в привилегированном положении. Национальные меньшинства, не имевшие собственной территории, помещались в самом низу этой пирамиды. В результате „великий эксперимент“ по созданию единой социалистической нации – советского народа – ущемлял их в правовом отношении и делал более уязвимыми, чем титульные нации.

⁹⁰ Vgl.: Überlegungen Stalins zur Bedeutung des Problems der „Titularnationen“ im Vergleich zu den „nationalen Minderheiten“ ohne eigenes staatliches Territorium. *Desjatyj s'ezd RKP(b). Zasedanie pjatoe, 10.03.1921*. In: *Nacional'nyj vopros*, 85. Vgl. dazu: *Dokladnaja zapiska sekretarja Central'nogo bjuro evrejskich kommunističeskich sekcij A.I. Čemerisskogo v ZK VKP(b), [18.02.1927]*. In: *CK RKP(b) – VKP(b) i nacional'nyj vopros*, 468–469.